

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönfahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 81

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offsetgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Montag, den 6. April

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“.

1925

Heute die Beilage:
„Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Mit großer Wahrscheinlichkeit werden für den Reichsblock Dr. Jarres, für die Weimarer Koalitionsparteien Marx im zweiten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl als Gemeinheitskandidaten aufgestellt.

* Der frühere preussische Ministerpräsident Otto Braun, der sozialdemokratischen Partei angehört, wurde mit 220 gegen 210 Stimmen im Preussischen Landtage abermals zum Ministerpräsidenten gewählt.

* Der Reichardt-Prozess in Magdeburg wegen Verleumdung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

* In der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika hat sich der Mischlingsstamm der Rehoboths gegen die britische Herrschaft empört.

* Der französische Finanzminister Clémentel ist infolge des Frankfurter und dadurch entstandener Meinungsverschiedenheiten mit Herriot zurückgetreten und der Senator de Monzie zum Nachfolger Clémentels ernannt worden.

Gedanken zum Aufwertungsplan.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns zu den Regierungsentwürfen zur Aufwertung geschrieben:

Man mag über den materiellen Wert oder Unwert der beiden neuen Gesetzentwürfe über die Hypothekenaufwertung und über die Ablösung öffentlicher Anleihen denken wie man will, sie bedeuten jedenfalls einen großen Fortschritt, wenn anders für eine gedeihliche Entwicklung des Wirtschaftslebens Stetigkeit der Verhältnisse eine wichtige Voraussetzung ist; denn die Vorlagen sollen Ordnung schaffen, wo bisher ein übler Wirrwarr herrschte. Sie gießen die einschlägigen Bestimmungen der vielumstrittenen dritten Steuernotverordnung, teilweise unter Abänderung zugunsten der Gläubiger, in gesetzliche Form und füllen klaffende Lücken aus. Es sei hier nur daran erinnert, daß die Regierung in richtiger Erkenntnis gewisser Mängel von sich aus jene Notverordnung im Wege der Durchführungsbestimmungen sachlichen Änderungen unterzog, das Reichsgericht ihnen jedoch die Rechtsgültigkeit absprach; daß sie dann durch eine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung des Reichspräsidenten für rechtswirksam erklärt wurden, nun aber wieder ein Streit um die Rechtsbeständigkeit dieser Verordnung entstand. Werden jetzt die fraglichen Punkte in das Gesetz selbst übernommen, so ist jeder Zweifel darüber ausgeschlossen, daß sie zu Recht bestehen, und ein Element der Unsicherheit ist beseitigt.

Nur der materielle Inhalt, Hypotheken, Reallasten, Grundschulden und hypothekarisch gesicherte Forderungen, soll nicht wie bisher auf 15%, sondern auf 25% aufgewertet werden. Aber nicht allgemein; die zehnprozentige Aufwertung soll vielmehr nur bei den Forderungen greifen, deren Goldmarkbetrag zur Zeit des Erwerbes die Hälfte des Grundstückswertes nicht überstieg. Hier dürfte der erste Anstoß gegen die Absicht der Regierung einfallen. Die Bestimmung läuft darauf hinaus, daß die höhere Aufwertung nur für die ersten Hypotheken gilt und die anderen ausfallen. Die Regierung geht dabei von dem Gedanken aus, daß die erste Hypothek dem Inhaber von vornherein größere Sicherheit geboten habe, sein Geld in voller Höhe zurückzuerhalten. Das ist richtig, aber das soziale Empfinden bäumt sich dagegen auf, daß man auf diese Weise gerade die kapitalkräftigen Leute bevorzugt, die kleinen Rentner und Sparer hingegen leer ausgehen läßt, die ihr Geld in zweiten Hypotheken angelegt haben. Dabei wird nur übersehen, daß diese in normalen Zeiten auch bis zu 75%, nicht nur bis zu 50%, als sicher galten. Man sieht, wie das Streben nach Gerechtigkeit schließlich zu sozialer Ungerechtigkeit führen kann.

Eine zweite Angriffsfläche bietet die Tatsache, daß das Gesetz in Übereinstimmung mit der Steuernotverordnung eine Vorschrift enthält, nach der zwar der Schuldner, falls eine besondere Härte vorliegt, die Herauslösung des normalen Aufwertungsbeitrages verlangen kann, dem Gläubiger im gleichen Falle aber nicht das Recht zusteht, die Herauslösung zu fordern. Für diese Unsymmetrie sprechen offenbar nicht Rechts- oder Billigkeitsgründe, sondern lediglich der praktische Wunsch, die individuelle Erörterung einzelner Aufwertungsansprüche nach Möglichkeit auszuschalten. Den davon Betroffenen wird es aber nicht eingehen, daß der verarmte Gläubiger schlechter gestellt sein soll als der vermehrte Schuldner.

Zu begrüßen ist es, daß das Reich die den Privaten auferlegte Pflicht der Schuldenaufwertung jetzt auch für sich anerkennt, wenngleich nur in vermindertem Ausmaß. Es wertet grundsätzlich auf 5% des Geldbetrages auf, indem es je volle 1000 Mark Reichsanleihe (Sparprämienanleihe 2000 Mark) in 50 Reichsmark-Anleiheablosungsschuld umwandelt, die aber vom Gläubiger nicht gekündigt werden kann und bis zur Erledigung unserer Reparationsverpflichtungen, also auf absehbare Zeit nicht verzinst wird. In gleicher Weise sind die Markanleihen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in Anleiheablosungsschuld umzutauschen, doch ist hier eine Verzinsung von 5 bis 10% vorgesehen. Kann die Ablosungsschuld von den Inhabern der Schuldzettel nicht gekündigt werden, so soll sie doch nicht ewig und unabänderlich bestehen. Zur Tilgung sind 50 Millionen jährlich ausgesetzt, die Hälfte davon soll zur Auslösung zum Nennbetrage, die andere Hälfte zur Bildung von Prämien bis zum Vierfachen des Nennbetrages der ausgelassenen Stücke verwandt werden, so daß der Inhaber im besten Falle ein Viertel des ursprünglichen Goldwertes der Anleihen erhält.

Abermals Otto Braun gewählt

Braun preussischer Ministerpräsident

Berlin, 3. April.

Sofort nach Eröffnung der heutigen Sitzung begann im Preussischen Landtag die Wahl des Ministerpräsidenten, die infolge Ablehnung der Wahl durch den demokratischen bisherigen Finanzminister notwendig geworden war. Von der Rechten war der frühere Entwaffnungskommissar Dr. Peters, von den Parteien der Weimarer Koalition, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun, von den Kommunisten der Abg. Pies vorgeschlagen. Braun wurde im ersten Wahlgang gewählt.

Die Stimmenverteilung war diesmal folgende: Abgegeben wurden im ganzen 432 Stimmen. Zwei Zettel waren unbeschrieben resp. ungültig. Es erhielten von den gültigen 430 Stimmen

Otto Braun	220
Dr. Peters	170
Pies	40

Die absolute Mehrheit von 430 beträgt 216. Braun erhielt 4 Stimmen über die absolute Mehrheit und ist somit wieder zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt.

Sitzungsbericht.

(32. Sitzung.) u. Berlin, 3. April.

Nach Beendigung der Ministerpräsidentenwahl erledigt das Haus eine Anzahl kleinerer Sachen und geht dann zur Beratung über

Notverordnungen

über, die durch den Ständigen Ausschuss angenommen sind und von der Opposition als rechtswidrig bekämpft werden.

Abg. Nibel (Dem.) wendet sich gegen die Rechtsparteien und kommt auf die gestrigen Ausführungen des Abg. von der Osten zurück, der gesagt habe, die Rechte setze ihr Vertrauen auf Gott. In Wirklichkeit stelle sich diese Hoffnung als Vertrauen auf die Hilfe der äußersten Linken, der Kommunisten, dar.

Bei diesen Worten entsetzt auf der Rechten ungeheurer Lärm, so daß der Redner nicht weiterprechen kann und Präsident Barthelemy die Sitzung schließt mit sofortiger Ausrufung einer zweiten.

Die zweite Sitzung.

Abg. Nibel (Dem.) setzt seine Rede fort und führt aus, wer sich so stelle, als ob er in seinen religiösen Gefühlen verletzt sei, möge zunächst einmal auf seine eigenen Worte sehen.

Abg. Gerold (Ztr.) wendet sich gegen die Schärfe der Auseinandersetzungen auf beiden Seiten und tritt für die Notverordnungen ein.

Abg. Labandorf (Wirtsch. Bgg.) vertritt den Standpunkt, daß das Plenum des Landtages bei Beschlußfassung über die Notverordnungen nicht hätte ausgeschaltet zu werden brauchen. Abg. Giegele (Dm.) spricht sich gegen die beschlossenen Notverordnungen.

Abg. Leidig (D. Vp.) äußert sich im gleichen Sinne.

Um Jarres und Marx.

Die kommenden Präsidentschaftskandidaten.

n. Berlin, 3. April.

Otto Braun, der frühere preussische Ministerpräsident und sozialdemokratische Reichspräsidentschaftskandidat im ersten Wahlgang, ist heute durch Zusammenwirken von Zentrum und Demokraten mit seiner eigenen Partei wieder zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt worden.

Besondere Berücksichtigung finden die Anleihehaltbesitzer, das sind diejenigen, die ihren Anleihebesitz nachweislich vor dem 1. Juli 1920 erworben und seitdem ununterbrochen gehalten haben. Es wird ihnen auf Antrag eine Rente gewährt, die zunächst vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1928 in Höhe von 5% der Ablosungsschuld nachträglich gezahlt wird. Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1928 ist die Zahlung auf je weitere 3 Jahre durch Gesetz zu bestimmen, sofern die Finanzlage des Reiches es gestattet. Außerdem wird dem bedürftigen Rentenberechtigten eine Vorzugsrente bis zu 600 Mark jährlich gewährt, wenn er Kriegsanleihebesitzer oder Nachfolger eines solchen auf Grund von Verwandtschaft ersten Grades ist.

Daß das alte Papiergeld in die Aufwertung nicht einbezogen werden kann, liegt auf der Hand; eher könnte schon die Frage gestellt werden, warum die Zwangsanleihe ausgenommen wird, und ganz unverständlich bleibt, solange er nicht begründet wird, der Ausschluss der unbesitzlichen Reichsschatzanweisungen. Indessen ein Gesetzentwurf ohne Mängel ist wohl noch nie an die Öffentlichkeit gekommen. Dies und jenes wird wohl noch geändert werden, bis die beiden Regierungsvorlagen verabschiedet werden. Trotz erheblicher Bedenken im einzelnen, wird man ihnen aber nachsagen können, daß sie darauf eingestellt sind, berechnete Ansprüche zu befriedigen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Arbeitnehmervertreter bei Dr. Simons.

Der Stellvertreter des Reichspräsidenten Dr. Simons hat Vertreter der organisierten deutschen Arbeiterschaft empfangen, um sich über die Stimmungen und Auffassungen in den Arbeitnehmerkreisen unterrichten zu lassen.

Nach diesem politischen Ereignis ist wohl nicht mehr daran zu zweifeln, daß der frühere Reichskanzler Marx, Kandidat des Zentrums im ersten Wahlgang für den Reichspräsidenten, nunmehr als gemeinsamer Kandidat der Weimarer Koalition, also der drei großen Parteien links von der Deutschen Volkspartei, proklamiert werden wird. Diese Meinung wird bekräftigt durch einen im Augenblick bekanntwerdenden Beschluß des Parteiausschusses des Zentrums, der im Reichstagsgebäude tagte. Der Beschluß lautet: „Der Parteiausschuss der Deutschen Zentrumspartei billigt einstimmig die Erklärung der am 31. März und 2. April vom Reichsparteivorstand gefassten Beschlüsse, die Präsidentschaftskandidatur Marx auch für die Wahl am 26. April aufrechtzuerhalten.“ Man erwartet die Ausrufung von Marx spätestens am Sonntag, da Sozialdemokraten und Demokraten noch vor endgültigen Beschlüssen stehen.

Der Reichsblock, bestehend aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und den angeschlossenen Verbänden, scheint an der Kandidatur Dr. Jarres auch im zweiten Wahlgang festzuhalten, obwohl noch keine definitive Entscheidung vorliegt, da alle Möglichkeiten noch einmal erwogen werden. Der von seiner kurzen Erkrankung genesene Oberbürgermeister Dr. Jarres ist heute in Berlin eingetroffen und hat hier vorübergehend Wohnung im gleichen Hotel genommen, in dem er während der ersten Wahlkampagne wohnte. Ein ihm nahestehendes Blatt meldet, es sei anzunehmen, daß die letzten entscheidenden Besprechungen im Reichsblock nun binnen kürzester Frist erledigt sein werden.

Besprechungen beim Reichskanzler.

Berlin, 3. April.

Eine Besprechung der Führer der bürgerlichen Parteien über die Reichspräsidentenwahl fand heute auf Veranlassung des Reichskanzlers Dr. Luther bei diesem statt. Der sozialdemokratische Führer Müller-Franken wurde später vom Reichskanzler Dr. Luther über den Zweck und den Verlauf dieser Besprechung in Kenntnis gesetzt. Dem Vernehmen nach handelt es sich um eine Anregung des Führers der Bayerischen Volkspartei Reich, der erneut die Frage einer bürgerlichen Sammelkandidatur anschnitt. Ein positives Ergebnis hat diese Besprechung beim Reichskanzler Dr. Luther nicht gehabt. Sie soll aber im Laufe des Abends noch einmal wieder aufgenommen werden. Sollte, wie angenommen wird, die Aktion an dem Widerstand der Linksparteien scheitern, dann dürfte die Bayerische Volkspartei bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl Stimmenthaltung proklamieren. So wird wenigstens behauptet.

Der Beschluß der Parteien der Weimarer Koalition.

Berlin, 3. April. Von den Mittelparteien wird mitgeteilt: Zwischen den Beauftragten der Zentrums- und sozialdemokratischen Partei und der deutschdemokratischen Partei fanden heute abend im Reichstagsgebäude in Anwesenheit des Reichskanzlers a. D. Marx erneute Verhandlungen statt. Nach einem gründlichen Gedankenaustausch und einer umfassenden Programmdarlegung des Herrn Marx beschloßen sie einstimmig, Herrn Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx zur Wahl des Reichspräsidenten vorzuschlagen.

Die demokratischen Vertreter haben diesem Beschluß unter Vorbehalt einer nachträglichen Genehmigung durch ihren Parteiausschuss, der Sonntag zusammentritt, zugestimmt.

lassen. An dem Empfang nahmen teil der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, Vertreter der Freien Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zu der Unterredung wurden hauptsächlich Wirtschafts- und Steuerfragen besprochen.

Nepto und deutsch-rumänischer Konflikt.

In die Meinungsverschiedenheiten zwischen Rumänien und Deutschland wegen der Banca Generale-Noten hat die Reparationskommission der Kriegslastenkommission ihre Ansicht dahin mitgeteilt, daß zu dem deutschen Antrage erst Stellung genommen werden kann, wenn festgestellt, ob die rumänischen Forderungen zu Recht bestehen. Der deutsche Antrag ging auf Feststellung, daß die Forderungen Rumäniens aus der Ausgabe der Banca Generale-Noten und die mit der Rückgängigmachung des Bukarester Vertrages zusammenhängenden Forderungen (wenn sie überhaupt bestanden) unter die deutschen Jahreszahlungen des Dawes-Planes fallen.

Gegen das Zuschlagsrecht der Gemeinden.

Der finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat zur Frage des Zuschlagsrechtes der Länder und Gemeinden einen Beschluß gefaßt, in dem grundsätzliche Bedenken gegen die von der Regierung vorgeschlagene Regelung ausgesprochen werden. Es wird erklärt, daß jedenfalls zur gegenwärtigen Zeit die von der Regierung vorgesehene Regelung des Zuschlagsrechtes nicht geeignet sei. Die Frage müsse erst später grundförmig geregelt werden.

Die „Partei Deutscher Katholiken“.

Im politischen Leben Württembergs ist kürzlich eine neue Parteigründung erfolgt. Es wurde die „Partei Deutscher Katholiken, Ortsgruppe Stuttgart“, gegründet. Die neue Partei entfaltete in der kurzen Zeit ihres Bestehens eine recht rege Tätigkeit. Sie will Stärkung des

Föderalismus und unterstützte bei der letzten Wahl die Kandidatur Dr. Helbs, dem in Württemberg fast 4000 Stimmen zuzufallen.

Rumänien.

X Abhandlung des rumänischen Königs? Aus Bukarest melden amerikanische Blätter, daß der König von Rumänien die Absicht hat, zugunsten seines ältesten Sohnes Carol abzugeben. Der Anlaß zu diesem Entschluß soll die Erkrankung des Königs sein, die von den Ärzten als chronisch bezeichnet wird.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zum Wandervertrag auf der Weiser eine Interpellation eingebracht, die den Reichswehrminister fragt, was er zu tun gedenkt, um die Wiederholung solcher Katastrophen unmöglich zu machen.

Berlin. Der Untersuchungsausschuß des Reichstags für die Ruhrkredite hat sich bis zum 28. April vertagt.

Berlin. Auf eine kleine Anfrage der Kommunisten über die Zahl der politischen Gefangenen erteilte der preußische Justizminister die Antwort, daß wegen politischer Straftaten zurzeit 1477 Gefangene ihre Strafe verbüßen.

Brüssel. Ministerpräsident Theunis wird am Sonntag, dem Tage der Neuwahlen in Belgien, die Gesamtdemission des Kabinetts dem König unterbreiten.

Deutscher Reichstag.

(46. Sitzung.) CB. Berlin, 3. April.

Auf der Tagesordnung stand zuerst die dritte Beratung des Gesetzesentwurfes über den

Lehrgang der Grundschule

Abg. Löwenstein (Soz.) bedauerte dabei, daß die Mehrheit des Reichstags die Grundschule in einen Ausnahmezustand versetzen wolle. Er legte dann eine Entschließung vor, wonach in dem Haushaltsplan von 1925 ausreichende Mittel eingestellt werden sollen, um unbemittelten Schülfern die Zulassung zur mittleren oder höheren Schule wirtschaftlich zu ermöglichen.

Ministerialdirektor Käßner vom Preussischen Kultusministerium brachte Bedenken der preussischen Unterrichtsverwaltung gegen den Entwurf vor und wies darauf hin, daß die Ausführung des Gesetzes in der jetzigen Form auf größte Schwierigkeiten stoßen würde.

Abg. Rönneburg (Dem.) beantragte angesichts dieser Erklärung, die ganze Materie zur nochmaligen Beratung an den Ausschuß zu verweisen.

Dieser Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Abg. Rheinländer (Ztr.) hielt an dem grundsätzlichen Standpunkt seiner Partei fest, daß die vierjährige Grundschule erhalten bleiben müsse, daß aber jedes Kind, seiner Begabung entsprechend, schon früher zur mittleren oder höheren Schule müsse übergehen können.

Abg. Schred (Soz.) hat, den Innenminister zu fragen, ob er nicht das Wort ergreifen wolle. Vizepräsident Graf Thüringen erklärte, daß das nicht zu seinen Befugnissen gehöre. Nach § 2 tritt das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) richtete erneut die Aufforderung an den Minister, sich zu der Aufforderung zu äußern. Geheimrat Glöckner wies darauf hin, daß mit den Ländern in Verbindung getreten werde, in welcher Weise die Beschlüsse des Reichstages zur Ausführung gelangen sollen. Abg. Schulz-Bromberg (Dm.) wandte sich erneut gegen die Obstruktionsversuche der Linken.

Abg. Hönke (Komm.) erklärte, daß jeder reaktionäre Schritt auf dem Schulgebiete den Kommunisten neue Anhänger zuführen werde. Damit schloß die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung bedauerte Abg. Rönneburg (Dem.) die Schweigenshaltung der Reichsregierung. Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) beantragte die Herbeiführung des Innenministers, damit er sich darüber äußere, wie er sich die Ausführung des Gesetzes denke. Abg. Korsch (Komm.) hält das Gesetz für verfassungswidrig und daher die Anwesenheit des Ministers für unbedingt erforderlich.

Minister Schiele war inzwischen im Saal erschienen. Der grundlegende § 1 wurde darauf angenommen.

Nach weiterer unerbittlicher Debatte wurde das Gesetz in der Schlussabstimmung, die namentlich war, mit 239 gegen 157 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Dafür stimmten die Reichsparteien, das Zentrum, Bayerische Volkspartei; dagegen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten. Nach Ansicht des Abg. Rönneburg (Dem.) ist das Gesetz verfassungswidrig und hat nicht die nötige Zweidrittelmehrheit erhalten.

Das Haus setzte dann die Beratung der Anträge zum Mieterkündigungsgesetz fort. Der Ausschuß schlägt eine Entschließung vor, wonach zunächst das Reichsarbeitsministerium am Material über die Entwicklung des Wohnungsmarktes und die Reichsregierung um die Einbringung eines neuen Gesetzes über das Wohnungswesen ersucht wird. Nach kurzer Debatte vertagte sich das Haus auf Sonnabend.

Aufstand in Südwestafrika.

600 Rehoboths aufständisch.

„Daily Express“ meldet aus Kapstadt, daß sich in der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika 600 Rehoboths empört haben. Die Aufständischen sind mit modernen Feuerwaffen ausgerüstet. Die Behörden haben 150 Polizisten mit sechs Maschinengewehren an Ort und Stelle entsandt. Außerdem werden alle verfügbaren Truppen zusammengezogen, um die Aufstandsbewegung niederzuwerfen. Die Führer des aufständischen Stammes haben telegraphisch den Völkerverbund um seine Intervention ersucht. Gleichzeitig laufen beunruhigende Meldungen aus dem Bechuana-, dem Basuto- und dem Swazi-Land ein.

Eine weitere Meldung besagt, daß der Gouverneur des Protektorates Hofmeyr auf dem Wege nach dem Aufstandsbezirk die Farmer mobilisiere. Der aufständische Stamm verlange die Republik und völlige Unabhängigkeit von den Weißen. Der Rehoboth-Stamm besteht aus Mischlingen und ist gut bewaffnet und beritten. Aus Pretoria sind drei Flugzeuge abgegangen.

Das Gutachten über das Weserunglück.

Die Unglücksfahre einwandfrei.

Amlich wird vom 6. Preussischen Pionierbataillon bekanntgegeben: Von der Oberstaatsanwaltschaft Bielefeld und dem zuständigen Richter des Amtsgerichts Bielefeld wurde in Anwesenheit technischer Sachverständiger der Strombaubewertung und der Truppen die verunglückte Fähr unterzucht. Hierbei wurde festgestellt, daß das gesamte Fährmaterial sich in einwandfreiem Zustand befand. Kein Balken und kein Brett war gebrochen. Sämtliche Laue und Leinen waren fest verschmurt; sie hatten sich selbst bei der Strandung der Fähr und dem Treiben auf dem Wasser auf dem acht Kilometer langen Wege nicht gelockert. Bei der Vergung des Geräts durch ein Kommando des 6. Pionierbataillons mußten die Laue und Leinen teilweise mit Beilen durchschlagen werden. Die vielfach verbreitete Meinung, daß das Unglück durch ein Auseinanderbrechen der Fähr entstanden sei, ist widerlegt.

Rücktritt des französischen Finanzministers

Regierungskrise in Frankreich.

Der neue Sturz des französischen Finanzministers, veranlaßt durch amerikanische Drohungen mit Kreditstop, hat nunmehr auch ein politisches Opfer gefordert. Der Finanzminister im Kabinett Herriot, Clementel, ist von seinem Posten zurückgetreten. Diefem Rücktritt gingen einige dramatische Szenen im französischen Senat voraus.

Hier hatte Clementel einige Ausführungen zur Zahlungsmittelfrage gemacht, die recht gewunden waren und in Senatskreisen das größte Aufsehen erregten, da sie den Glauben aufkommen ließen, als ob sich die Regierung mit der Möglichkeit einer Inflation durch Neuausgabe von 100 Milliarden Papierfrank abgefunden habe. Zwar versuchte Clementel seine Ausführungen in einer zweiten Rede nochmals abzufächeln, doch seine Worte verhallten wirkungslos.

Unter großer Spannung erhob sich darauf Ministerpräsident Herriot und trat in scharfer Form den Ausführungen des Finanzministers entgegen. Herriot gab der Entschlossenheit der Regierung Ausdruck, das Finanzprogramm des Zinskartells zur Bekämpfung der Inflation durch eine allgemeine Kapitalsteuer von 100 Milliarden in vollem Umfange durchzuführen.

Clementel schloß sich durch diese Ausführungen desavouiert und reichte sofort sein Rücktrittsgesuch ein. Zum Nachfolger Clementels wurde der Senator de Monzie ernannt.

Daß die innenpolitische Lage Frankreichs sehr ernst ist, ergibt am besten die Tatsache, daß sofort nach der Senatsitzung ein

nächtlicher Ministerrat

stattfand, an dem nicht nur die Mitglieder des Ministeriums, sondern auch zahlreiche Staatssekretäre und Parlamentarier teilnahmen. In diesem Ministerrat, in dem vor allem finanzpolitische Fragen erörtert wurden, beschloß das Ministerium seine Gesamtdemission, die es allerdings später wieder zurückzog.

Ob das Kabinett sich noch lange wird am Ruder halten können, ist sehr fraglich. In politischen Kreisen neigt man vielfach zu der Ansicht, daß der Rücktritt des gesamten

Kabinetts in den nächsten Tagen erfolgen wird. Man begründet diese Annahme mit dem Hinweis darauf, daß außer der Finanzfrage auch der Konflikt zwischen Unterrichtsminister und Universität akut ist und auch der Rücktritt des Unterrichtsministers Francois Albert unvermeidlich erscheint. Man bezweifelt, daß das Kabinett Herriot diese beiden Demissionen überleben kann.

Abbruch des Rothardt-Prozesses.

§ Magdeburg, 3. April.

Der zweite Rothardt-Prozess ist heute durch einen Verhandlungsbeschluß des Gerichts ergebnislos abgebrochen worden. Das Gericht erklärte nach längerer Beratung, die Verhandlung sei leider notwendig, weil auf das Bekenntnis des Abg. Scheidemann nicht verzichtet werden könne und weil Scheidemanns Gesundheitszustand seine Vernehmung in absehbarer Zeit nicht ermögliche. Die Folge dieses Beschlusses ist, daß der Prozess zu einem späteren Zeitpunkt vollständig neu wieder aufgenommen werden mußte.

Diesem Verhandlungsbeschluß des Gerichts ging die Vernehmung des als Sachverständigen geladenen Berliner Hausarztes Scheidemanns, Dr. Hirsch, sowie des Direktors des Sodenberger Krankenhauses, Professor Schreiber, voran, die aus sagten, daß Scheidemann augenblicklich nicht vernommen werden dürfe. Darauf beantragte der Generalsstaatsanwalt, den Prozess bis auf weiteres zu vertagen, worauf der Gerichtshof den Verhandlungsbeschluß herbeiführte.

Vom Wahlkampf.

† Dr. Jarres will annehmen. Aus Duisburg wird geschrieben: Dr. Jarres sicherte Pressevertretern auf das bestimmteste zu, daß er einem nochmals an ihn ergehenden Ruf des Reichsblochs Folge leisten werde.

† Württembergische Demokraten für Kandidatur Geßler. Der Landesvorstand der Deutsch-demokratischen Partei Württembergs hat die Auffstellung des Reichswehrministers Dr. Geßler als Präsidialkandidat für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl bei der Deutsch-demokratischen Partei in Berlin beantragt.

† Leipziger Sozialdemokraten für sozialistische Sammelkandidatur. Die Sozialdemokratische Partei Leipzig hat eine Entschließung gefaßt, in der sie von den Zentralinstanzen der Partei die Aufrechterhaltung der sozialdemokratischen Sammelkandidatur fordert. Die Funktionäre erklären, falls die Parteinstanzen im Gegensatz zur grundsätzlichen Einstellung der Leipziger Parteigenossen auf die Auffstellung einer eigenen Kandidatur verzichten, sich die Entscheidung für ihre Haltung im Wahlkampf vorzubehalten.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 6. April 1925.

Liebe um Liebe.

Evangelium Markus, Kap. 14, Vers 6 und 8: Jesus sprach: Macht sie mit Frieden. Ach, wie kummert ihr sie. Sie hat ein gut Werk an mir getan. Sie hat getan, was sie konnte.

Wir stehen am Anfang der stillen Woche. Schlimme Bilder füllen sie an und zeigen uns, wozu Menschen in Bosheit und Schwäche fähig sind. Aber ein Vorgang hat sich in ihr abgespielt, der leuchtet versöhnend aus all dem Wüsten heraus: wie Maria den Totgeweihten mit der köstlichen Narbe salbt. Er zeigt uns, was wir auch können. Aus dem hasserfüllten Getriebe in Jerusalem ist Jesus in ihr Haus gekommen, um doch noch einige Stunden stillen Ausruhens zu erleben. Maria verdankt ihm das Beste ihres Lebens, den Frieden ihrer Seele. Darum liebt sie ihn. Und nun sagt er: Sie werden mich töten. Er hatte das seinen Jüngern oft gesagt. Aber während die Männer es in dumpfer Verstandnislosigkeit hingenommen hatten, erfaßte diese Frau mit dem sicheren Feingefühl der Liebe sofort das Furchtbare ganz. Sie sucht nicht, es ihm auszuweisen wie vorher Petrus. Sie überlegt nicht, ob er zu retten ist. Das kann sie nicht. Aber sie weiß sogleich, was sie kann: ihm all ihre heiße Liebe zeigen, damit er sieht, daß er nicht ungeliebt, daß er nicht umsonst zu sterben braucht. So holt sie das Beste, was sie hat, für ihn, den Besten, und salbt ihn. Verständnislos tadeln die Männer sie. Jesus aber versteht sie und dankbar segnet er sie, während überströmende, dankbare Warmherzigkeit ihn beglückt. Es ist ja der letzte Gruß der Liebe, den er empfängt, der ihm so wohl tut, weil er ihm sagt: Sei getrost, es lohnt sich, daß du für uns sterben wirst. Denn hier ertönt ihm Geist von seinem Geist. Sie hat getan, was sie

Die drei schönen Bernhausens.

Roman von Fr. Lehne.

64 (Nachdruck verboten.)

„O, vor Gräfin Gisela hab' ich kein Geheimnis! Ich begreife, es tut wohl, sich einmal auszusprechen!“ beharrte sie. „Manchmal ertrage ich es kaum mehr.“

Er sah sie stiller Antwort nur mit einem langen Blick an, und der sagte deutlich: „Glaubst du denn — ich?“

Und dann ruhte sein Blick auf Gisela. Er sah die Qual auf ihrem schönen Gesicht — und er schämte sich, daß sie Einsicht in das Elend seiner Ehe erhielt.

Um das Gespräch auf ein anderes Thema zu lenken, fragte er nach Annelies, der jungen Frau Kiefling.

Vor meiner Rückreise will ich sie in Seesburg besuchen. Sie wissen dort noch nichts von Thoras Erkrankung.“

„Ach, das war schrecklich! Die ganze Stadt war voll davon! Die schöne, junge Frau.“

„Schußwaffen gehören nicht in Frauenhände!“ sagte Karlens. „Es ist nur gut, daß die Ungeschicklichkeit sie nicht noch härter gestraft hat!“

„Glaubst du wirklich, daß —“

Biviane vollendete nicht. Sie verstummte vor dem drohenden Blick ihres Mannes.

Gisela war ihm dankbar. Bald darauf verabschiedete sie sich.

Während der ganzen Nacht fand Gisela keine Ruhe. War es richtig gewesen, Bivianes Drängen nachzugeben zu haben und mit ihr gegangen zu sein? Hatte nicht im Innern die Sehnsucht gelebt, ihn wiederzusehen?

Und nun hatte sie ihn wiedergesehen — und hatte einen Einblick in das Elend seiner Ehe gewonnen! Was war aus dem sonnigen, frohen Menschen geworden, der einst ihres Lebens Glück gewesen! Das Herz tat ihr weh, wenn sie sich ihn vorstellte mit dem finsternen, verbrieften Ausdruck im Gesicht.

Sie drückte das Gesicht in die Kissen. „Du Lieber, du Liebster!“ flüsterte sie, und in heißem Mitleid flossen ihre Tränen.

Zweihundzwanzigstes Kapitel.

Wieder kam am nächsten Morgen der Blumengruß von fremder Hand. Ein glückliches Lächeln lag auf Thoras blassem Gesicht, als sie die Blüte in ihren Händen hielt.

Gisela sah, daß sie sich in ihren Gedanken mit etwas beschäftigte, denn in ihren Augen lag eine Frage, eine Bitte. Sie setzte auch einmal an zu sprechen, brach dann aber wieder ab.

„Thora, weißt du, von wem die Blumen sind?“ kam ihr Gisela schließlich zu Hilfe.

Die Angeredete nickte.

„Und möchtest du, daß ich ihm in deinem Namen danke?“

„Ich möchte ihn sehen!“

Ein tiefes Rot färbte bei diesen Worten Thoras bleiches Gesicht.

Er schreckt, als habe sie nicht recht gehört, sah Gisela die Schwester an. „Ihn sehen?“

„Ja, noch einmal — ehe ich scheide.“

„Du wirst leben, Thora!“ stieß Gisela angstvoll hervor.

„Nein, ich will nicht mehr. Was soll mir das Leben! Eine unerträglich schwere Last ist es mir. Was bleibt mir denn? Zurück in die alten Verhältnisse — zu ihm zurück? Nein — niemals!“

Ihren Körper durchließ ein Beben, wie im Schanden schloß sie die Augen.

Beruhigend sagte Gisela nach Thoras Hand. „Das brauchst du nicht! Ich nehme dich mit mir, Liebe.“

„Glaubst du, er liebe das zu? Da ist nur einer, der stärker als er ist, und dem hab' ich mich ergeben! Wir Bernhausens haben kein Glück, wir müssen im Schatten leben! Wie oft hab' ich an deine Worte gedacht! Aber jetzt in letzter Stunde will sich die arme, verschleierte Seele doch auf sich besinnen!“

„Sprach Thora im Fieber? Ihre klaren Augen, ihre ruhige, gelassene Art widersprachen dieser Annahme.“

„Hole ihn mir!“ kam es leise von ihren Lippen.

„Ich möchte ihn sehen, ehe ich scheide.“

Gisela neigte sich erschüttert über sie. „Thora, so liebst du ihn?“

„Ich habe ihn immer geliebt! Nur mein Stolz gab das nicht zu!“ hauchte die Kranke.

Gisela überlegte. Gab es hier ein Mittel, sie dem Leben zurückzugewinnen?

„Ich hole ihn dir!“ sagte sie entschlossen.

Gleich darauf ging sie aus dem Krankenhaus und schlug den Weg nach Harald Florstedts Atelier ein.

Er war zu Hause, öffnete selbst auf ihr Klingeln.

„Gräfin Bernhausen? Welche Nachrichten bringen Sie mir?“ stieß er aufgeregt hervor.

„Keine schlechten. Meiner Schwester geht es verhältnismäßig gut.“

Ein befreiender Atemzug hob seine Brust. Dann ließ er sie eintreten. Es war nicht mehr das dürrig eingerichtete Atelier, das ihm früher Arbeits-, Schlaf- und Wohnstätte zugleich sein mußte. Er bewohnte in einem vornehmen Hause eine Etage, die er sehr geschmackvoll eingerichtet hatte.

„Wenn Sie wüßten, wie in dieser Zeit die Unruhe mich beinahe verzehrt hat! Jeden Tag habe ich vor dem Krankenhause gestanden, dessen Mauern mein Liebster bergen! Der Mann mag sich vor mir in acht nehmen, der sie beinahe dahin gebracht, das Schönste, was es auf der Welt gibt, zu zerstören!“ In düsterem Feuer glühten die dunklen Augen. „Von ihm fordere ich sie.“

„Herr Florstedt, meine Schwester läßt Ihnen für die Blumen danken.“

Er lächelte glücklich, was seinem schönen Gesicht einen hinreichenden Zauber verlieh. „Thora hat mich verstanden, und —“

„Sie will Sie jetzt sehen.“

„Gräfin, treiben Sie keinen Scherz mit mir! — Sie will mich wirklich —“

„Wäre ich sonst hier?“

„Und was —“

„Wir haben niemals von Ihnen gesprochen bis heute. Da sagte sie nur: „Ich möchte ihn sehen, ehe ich scheide.“ — Das waren ihre Worte!“

Er schloß auf. „Steht es so mit ihr?“

„Thora hat keinen Lebenswillen mehr, und das ist's, was die Ärzte mit Bedenken erfüllt. Und da dachte ich —“

Fortsetzung folgt

Gau die beste Vereinsmannschaft. Und das heißt schon etwas. Halber wird dieses Mal eine besonders harte Nuß zu knacken haben. Mit großer Spannung erwartet man hierorts allgemein den Wettkampf; die Nachfrage nach Eintrittskarten, die bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben sind, ist eine äußerst rege, ein Zeichen, daß man der edlen, deutschen Turnische großes Interesse entgegen bringt. Kierspe und Müllenbach hatte seiner Zeit ein ausverkauftes Haus zu verzeichnen, wünschen wir, daß dem hiesigen Verein ebenfalls seitens der Bürgerschaft in gleichem Maße Unterstützung zuteil wird. Kein Halberer Bürger darf fehlen; Alt und jung soll und muß sich an den hervorragenden Künsten der auswärtigen und einheimischen Turner ergötzen. Fleißigem Training der Turner ist es zu verdanken, wenn der hiesige Verein durch die in letzter Zeit gezeigten großen Erfolge bis weit über die Grenzen des Märkischen Gaues bekannt geworden ist. Wir wollen stolz darauf sein! Die Veranstaltung wird durch Gesangdarbietungen des M. G. B. „Niederstapel“ ausgeschmückt. Ein kunstgerechtes Programm ist bereits zusammengestellt und wird noch besonders bekannt gegeben. Halte sich also ein jeder den 19. April frei, für welchen Tag die Parole ausgegeben wird: „Auf zur Karlshöhe.“

Kleine Nachrichten.

Für steuerfreien Rücklauf von Grundstücken.

Berlin, 2. April. Im Preussischen Landtag ist ein Antrag Labendorfs (Wirtsch. Bgg.) eingegangen, durch Gesetz die volle Befreiung von allen Steuern, Verwaltungs- und sonstigen Gebühren, soweit diese Abgaben von Ländern und Gemeinden erhoben werden, für die Rechtsgeheimnisse zu gewähren, die den Rücklauf der in den Jahren 1922/24 veräußerten Grundstücke betreffen, falls der Erwerber der früheren Eigentümer, seine Ehefrau, seine Abkömmlinge oder seine gesetzlichen Erben sind.

Acht Leichen an der Weser geborgen.

Hannover, 2. April. An der Weser sind bis jetzt acht Leichen von Reichswehrsoldaten geborgen worden.

20 Reichswehrsoldaten verlegt.

München, 2. April. Kurz nach der Ausfahrt aus dem Bahnhof des bekannten Kurortes Sonthofen im Allgäu entgleiste ein Zug der Eisenbahn Immenstadt-Sonthofen. Die Maschine, der Pkw-Wagen und der nachfolgende Personenwagen zweiter Klasse sprangen völlig aus den Schienen und fielen die Böschung hinab. Der folgende Wagen dritter Klasse, der mit Reichswehrsoldaten besetzt war, wurde gleichfalls mitgerissen, schob sich aber auf die untenliegende Lokomotive und kam dadurch zum Stehen. Der Lokomotivführer und Heizer hatten sich durch rechtzeitiges Abspringen retten können, dagegen wurde der Zugführer, der sich im Pkw-Wagen befand, schwer verletzt. Fast alle im Zuge befindlichen Reichswehrsoldaten sowie die meisten übrigen Passagiere, ungefähr 20 Personen, erlitten leichtere Verletzungen. Als Ursache des Unglücks wird doppelter Schienenbruch angegeben.

Politischer Nord in Mexiko.

Paris, 2. April. „Matin“ berichtet aus New York: Aus Mexiko wird gemeldet, daß der frühere Unterstaatssekretär des Kriegsministeriums, General Maciel, und mehrere seiner Freunde ihren politischen Gegner, den General Acosta, als er im Auto vorbeifuhr, erschossen hätten.

Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für Beamte.

Berlin, 3. April. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde unter Zustimmung der Reichsregierung ein Initiativbeschluss angenommen, durch den ab 1. April

1925 der Wohnungsgeldzuschuss für Beamte um 10 % erhöht wird. Dieser Zuschuss wird bei der nächsten Gehaltszahlung ausbezahlt werden. Sozialdemokratische und Demokratische Anträge auf Erhöhung der Teuerungszuschläge wurden mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches abgelehnt. Angenommen wurde dagegen eine Entschärfung, nach der die Reichsregierung umgehend prüfen soll, ob und auf welcher Grundlage die Bezüge der Beamten eine Erhöhung erfahren können.

Gegen Urteile der Bayerischen Volksgerichte.

Berlin, 3. April. Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde heute mit 17 gegen 9 Stimmen der sozialdemokratische Antrag auf Erlass eines Gesetzes über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Urteile der Bayerischen Volksgerichte angenommen. Gegen das Gesetz stimmten die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei und die Bayerische Volkspartei.

Der Tschetaprozess.

Leipzig, 3. April. Heute wurden die Verhandlungen in öffentlicher Sitzung fortgesetzt. Der Verteidiger stellte eine Reihe von Beweisansprüchen. Auch die Ladung verschiedener Zeugen aus Moskau wurde beantragt. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld kündigte an, daß er im Reichstag über den Untersuchungsrichter Dr. Voat einmündig mitteilen werde.

Trauerfeier für die Toten des Weferungslieds.

Detmold, 3. April. Die Hauptstadt von Lippe trauert heute um die Opfer der Katastrophe auf der Weser. Es gibt kaum ein Haus, das nicht Trauermusik trägt. Eine große Zahl von Kriegervereinen und Vaterländischen Verbänden mit ihren Fahnen geben den toten Kameraden das letzte Geleit. Das Exerzierhaus auf dem Hofe der Kaserne des schwer betroffenen Infanterieregiments Nr. 18 ist in eine Kapelle umgewandelt worden. Reichswehrminister Dr. Geßler, General von Seck, der Kommandeur des Wehrkreises VI, Erzengel von Ledebour, der Infanterieführer VI, Generalmajor von Forstner, viele Offiziere des Landheeres und der Marine nahmen an der Feier teil. Zahlreiche Abordnungen der Truppenverbände der 6. Division trugen grüne Kränze mit preussischen und lippeischen Farbenscheiben, auf denen die kurzen Grußworte stehen: „Den verunglückten Kameraden.“

Studentenstreik in Frankreich.

Paris, 3. April. In Lyon sind die Hörer der Handelshochschule und der Zentralschule in einen Sympathiestreik für die Pariser Studentenschaft eingetreten. In der Universität ist es am Nachmittag zu einigen Zwischenfällen gekommen. Nach einer weiteren Meldung sollen sogar 80 000 Studenten von allen Universitäten Frankreichs den Beschluss gefasst haben, in den Proteststreik einzutreten.

Ein Kapitalabgabengesetz in Frankreich.

Paris, 3. April. „Havas“ berichtet, daß zur Sanierung der französischen Finanzen dem Parlament ein Kapitalabgabengesetz zugehen wird.

Börse und Handel.

Kritische Lage im Handel. Anziehen der Geldfäße.

Die angespannte finanzielle Lage vieler Berliner Textilfirmen ist hier bereits erwähnt worden; in der letzten Woche sind aber auch aus anderen Branchen ungünstige Nachrichten gemeldet worden. Eine erste Berliner Lebens- und Genussmittelfirma, deren Absatz recht erheblich war, soll sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Drei Berliner Privatbanken haben erklärt, ihr Personal erneut einschränken zu müssen, da sie die Speise nicht zu tragen vermögen. Selbst am Börsenmarkt, an dem im vorigen Monat zeitweise Darlehen zu 7 bis 9 % gewährt wurden, sind zu Beginn dieses Monats wieder Sätze von 10 und 11 % für kurzfristige Gelder genannt worden. Der Anstieg erstklassiger Wechsel durch die Großbanken hat keinen erheblichen Umfang, so daß man eine Geschäftsbelebung nur von einer neuen Diskontermäßigung der Reichsbank erwartet. Hier ist aber wahrscheinlich der Wunsch der Vater des Gedankens. Eine Verstärkung dieses Börsenrückganges fehlt. Die Kreditgewährung der Banken an kleine

Verbraucher ist unverändert streng, so daß die allgemeine wirtschaftliche Lage als weiterhin kritisch bezeichnet werden muß. Die Schwankungen am Getreidemarkt und die Verluste von Spekulantenteilen an den Anleihen des Reiches, deren Aufwertungsvorschlag entfallen hat, läßt sogar eine Verschlimmerung der andauernden Wirtschaftskrise vermuten.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 3. April.

* **Börsenbericht.** Den Bemühungen der Banken war es zu verdanken, daß die Börse in verhältnismäßig fester Haltung eröffnete, später trat jedoch ein Stimmungsumschwung ein und die Kurse gaben fast auf allen Märkten nach. Man verwies bei Beurteilung der Situation auf Zahlungstrockenheiten bekannter Firmen und den Sturz der Getreidepreise in New York. Der Rentenmarkt war bei recht ruhigem Geschäft wenig verändert. Am Geldmarkt macht sich weiter eine leichte Beruhigung bemerkbar, nach etwas höheren vorbörslichen Sätzen stellte sich Tagesgeld auf 8-10 %, Monatsgeld auf 9-11 %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19-4,21; engl. Pfund 20,04-20,09; holl. Gulden 167,21-167,63; Danz. 79,55 bis 79,75; franz. Frank 21,47-21,53; belg. 21,23-21,29; Schweiz. 80,89-81,09; Italien 17,18-17,22; Schwed. Krone 113,04-113,32; Dän. 76,85-77,05; norweg. 66,49 bis 66,65; tschech. 12,43-12,47.

* **Erhöhung der Braunkohlenpreise.** Das Mitteldeutsche Braunkohlenyndikat hat beschlossen, in Ansehung der Gewerkschaftserhöhungen ab 6. d. M. eine Preiserhöhung wie folgt eintreten zu lassen: um 0,65 M. für Inbetriebsetzungs-, um 1 M. für Hausbrandbriketts und um 0,20 M. für Rohkohle, alles pro Tonne. Ferner ist in Aussicht genommen, wie vor dem Kriege, ab 1. Juli bis 1. September eine weitere Preiserhöhung um 60 Pfennig pro Tonne eintreten zu lassen, damit die Verbraucher sich rechtzeitig mit Hausbrand eindecken.

* **Produktenbörse.** Getreide und Erbsen per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

Beiz., märk.	3. 4.	2. 4.	Beizfl. f. Br.	3. 4.	2. 4.
pommerscher	244-247	246-249	Moßl. f. Br.	14,4-14,5	14,4-14,5
Nogg., märk.	228-229	232-234	Raps	395-400	395-400
pommerscher	—	—	Seinsaat	385-390	385-390
westpreuß.	—	—	Viktoria-Erbs.	23-29	22-29
Futtergerste	192-218	195-220	fl. Speiserbs.	18-20	18-20
Braugerste	220-240	220-243	Futtererbsen	18-19	18-19
Hafer, märk.	188-196	188-196	Beluschnen	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Adersböhnen	18,5-20	19-20
westpreuß.	—	—	Widen	18,0-20	18-20
Weizenmehl	—	—	Supin., blaue	10-11,5	10,5-11,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	Supin., gelbe	12,5-14	12,5-14,5
Bis. br. inll.	—	—	Serabella	13-14,5	13-15
Sad. (seinf.)	—	—	Rapskuchen	15,3-15,6	15,3-15,6
Mtl. A. Not.	32,5-35	33-35,7	Reinkuchen	21,2-21,4	21,2
Koggenmehl	—	—	Trockenschl.	9,9-10,2	10-10,2
p. 100 Kil. fr.	—	—	ow. Buchsch.	—	—
Berlin br.	—	—	Zorfm. 30/70	9,2	9,2
inll. Sad.	31-33	31,5-33,5	Kartoffel.	19,1-19,5	19,2-19,5

Hauswirtschaftliches.

Eine gute Suppe bringt die Nahrungstoffe nicht nur in der bekömmlichsten Form, weil in feinsten Verteilung, in den Organismus sondern sie regt auch die Verdauungstätigkeit an. Wie leicht und bequem kann man sich heute aus Maggi's köstlichen Suppen in Würfeln (zu 12 Pfg. für 2 Teller) ganz vorzügliche Suppen herstellen. Ein weiterer Vorteil für die geplagte Hausfrau ist die kurze Kochzeit dieser Suppenwürfel. Dabei hat man die Auswahl unter 26 verschiedenen Sorten. Man kann also fast jeden Tag im Monat eine andere Suppe kochen.

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.

Das beste Küchenhilfsmittel

ist und bleibt

MAGGI'S Würze

Man verlange ausdrücklich Maggi's Würze.

Nicht überwürzen! Wenige Tropfen genügen, da sehr ausgiebig.

MAGGI's gute, sparsame Küche

Pianos

D. R. P. Nr. 225 360, 497 598,
D. R. G. M. 68 551, 51 b.
Engl. P. Nr. 2641. Am. P. Nr. 1062755

Schmitt Resoval-Patent-Pianos

Weltbekannt in 38 Staaten eingeführt,
von ersten Künstlern glänzend beurteilt.
Verkauf direkt an Private.
Freie Lieferung. — Günstige
Zahlungsbedingungen.
Ratenzahlung
gestattet.

Carl Schmitt

Hof-Piano- und Flügel-Fabrik
Telefon 2253 HAGEN Silberfelderstr. 69

Germania

zu Stettin
Versicherungs-A.-G.

General-Agentur:

Adolf Welter, Halber, Fernspr. 337.

Lebens-Haftpflicht-
Unfall-
Autocasco
u. s. f.

Versicherungen

zu niedrigsten Tarifen.

Feuer-Versicherungen

aller Art industrieller u. landwirtsch. Betriebe
zu entgegenkommenden Prämiensätzen.

Beratungen und Offerten kostenlos.

Gesucht

Im den Kreis Altena und angrenzende Bezirke.

Oberinspektor u. Inspektor gegen Gehalt
und Spesen, sowie Vertreter gegen hohe
Provisionen.

Bewerbungen schriftlich erbeten.

Geschenk = Artikel!

EB- und Kaffee-Service

in allen Zusammenstellungen.

Tee-Service Obst-Service
Küchen-Garnituren Bowlen
Blumenkübel Likör-Service
Kakao-Kannen Tabakdosen

Waschgarnituren

in sehr schöner Auswahl.

Wilh. Bell jr., Halber.

Husten, Atemnot

Beschleimung

Allen Brust- und
Lungenleiden gebe ich
gern umsonst Auskunft.
Viele Tausend Lob- und
Dankschreiben, Rückmarken
erwünscht.

Walter Althaus

Heilgenstadt
(Eichfeld) H. 45.

Briefkastetten

mit und ohne Druck

Wilh. Bell jr.

Ammon. - Superphos-

phat 9x9

Ammon. - Superphos-

phat 5x10,

schwefels. Ammoniak,

Kali 40% und

Thomasmehl

hat abzugeben

Otto Ohler,

Dhl-Rönshl.

Zukunft

Monatsvorausschau,

Jahresereignisse

auf Grund astrolog. Ein-

dien (Geburtsdatum erh.)

geg. Einblendung von 1 —

an Astrolog H. Schmidt,

Berlin 831 Schönleinstr. 84

Montag nachmittag

den 6. April erhalte ich

eine Sendung prima

Obend. Schweine

Wilhelm Wirth,

Rönshl.

Telefon 150

Sehr gute hochtragende

Milch-

Ruh

mittelschwer, günstig

zu verkaufen.

Achenbach, Pinnermühle

Telefon 142

Am Schalksmühle.



Germer & Co., Hagen

Silberfelderstr. 59. Fernruf 5530 u. 4134

Tapeten!

vom einfachsten bis zum feinsten
Muster in denkbar größter Auswahl.

Außerdem empfehle:

1a doppelt gekochtes Leinöl,
sämtliche Farben.

Kalkspritzfarben in allen Tönen.

Lacke aller Art.

Bernstein-Fußbodenlackfarbe

über Nacht glashart trocknend.

streichfert. Ölfarben

Kreide, Gips, Kitt, Leim,

Siccativ, Terpentin, Bronze,

Ofenrohrlack in Dosen.

Pinsele in allen Größen

Weißquaste, Deckenbürsten in

1a Qualität.

Schablonen.

Carl Baukloh,

Kierspe-Bahnhof.

Inferieren bringt Gewinn!

Suche

zum sofortigen Eintritt

einige

Bäckerlehrlinge

sowie einige

jugendl. Bäcker

oder Bäckerinnen.

C. H. Steinbach,

Oberbrügge i. Westf.

Radio

-Anlagen sowie Zubehör

liefert zu günstigen

Preisen

Elektro-Motoren-

Reparatur - Werkstatt

Gebr. Turck, Halber

Berlinerstr. 20 Telefon 35

1 Klavier,

Tretpiano mit einge-

bauten

Spielapparat

und vielen Notenrollen,

sowie mehrere erst-

klassige

Klaviere

schwarzpoliert u. Eiche

hervorragend in Ton und

Ausführung, billig abzu-

geben

Schröder, Pianovertrieb

Hagen i. W.

Elberfelderstr. 62

Telefon 4380